

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/172

Bad Godesberg, den 8. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Von Mende befreit ...</u>	37
	Die Führungskrise in der FDP hält an	
1a	<u>Bonn und die arabischen Staaten</u>	46
	Positives Echo auf ein Brandt-Interview	
2 - 3	<u>Europaparlament in Nöten</u>	86
	Sorgen um die italienische Delegation	
	Von Egon C. Heinrich	
4 - 5	<u>Mitteldeutscher Alltag</u>	90
	FDJ - Massenorganisation - Erzieherische und produktive Funktionen	
6	<u>Nicht vom Landtag gewählt</u>	42
	Die Stellung des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein	

* * *

Von Mende befreit...

Die Führungskrise in der FDP hält an

sp - Der Vorsitzende der FDP, Dr. Erich M e n d e , zieht sich aus der Politik zurück. Zwar wird er bis 1969 sein Bundestagsmandat wohl behalten wollen; aber es ist kaum anzunehmen, daß seine Partei ihn wieder aufstellen wird, nachdem er sie glücklos in vergangener Zeit mehr und mehr in Schwierigkeiten gebracht hat. Die letzten persönlichen Entscheidungen Mendes haben wenig dazu beigetragen, auf seine Führungskünste zu vertrauen - gerade im Hinblick auf die außerordentlich prekäre Situation der FDP. Das politische Talent und die politischen Ansichten Mendes wurde von der Entwicklung überholt.

Die Diskussion in Deutschland, ob ein Berufspolitiker noch nebenher einen anderen Beruf haben könne oder solle, ist durch den sicherlich nicht freiwilligen Wechsel Mendes in die Wirtschaft neu entflacht worden. Im Grunde ist das Streben eines nach den demokratischen Spielregeln durch Mehrheitsentscheidung fast jederzeit abwählbaren Politikers nach festem finanziellen Hintergrund voll verständlich. Aus dieser Sicht hätte wohl kaum jemand etwas dagegen gehabt, wenn Mende seine vorlaute Ankündigung, er wolle Professor für politische Wissenschaft werden, hätte wahr machen können. Wenn ein Berufspolitiker sich aber nicht in dem interessensfreieren Raum der Wissenschaft zu verankern sucht, sondern "zur Wirtschaft" geht, so entsteht von vornherein der Verdacht unlauterer Verknüpfung von wirtschaftlichen Interessen mit politischer Tätigkeit. Aber auch Tätigkeit in der Wirtschaft und Berufspolitikertum schließen einander nicht aus, sie sind nur nicht grundsätzlich harmonisch. Man sollte auch in Deutschland endlich begreifen, daß Männer und Frauen, die etwas leisten, ohne Gefahr für das System Führungspositionen abwechselnd und bedingt auch gleichzeitig in der Wirtschaft und in der Politik einnehmen können.

Mende wird nicht verübelt, daß er in ein Wirtschaftsunternehmen gegangen ist. Vielmehr wird ihm angekreidet, daß er sich vor ein Unternehmen hat spannen lassen, das mit der Börsenaufsichtskommission (SEC) in den USA mehrfach in Konflikt geraten ist und mit dem die deutschen Großbanken nur ungern oder gar nicht in geschäftliche Beziehungen treten. Diese zusätzliche Belastung der ohnehin mit Mende nicht zufriedenen FDP war der Partei offenbar unzumutbar. Dies wird noch deutlicher, wenn man hört, daß es ein anderer 1966 bei der Regierungsbildung gestützter Politiker abgelehnt hat, Mendes neuen Posten zu akzeptieren.

Bonn und die arabischen Staaten

Positives Echo auf ein Brandt-Interview

H.E.D. - Das Interview des Bundesaußenministers und Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit der libanesischen Zeitung AM NAHAR zum Stand der deutschen Beziehungen mit den arabischen Staaten hat nicht nur ein positives Echo im Nahen Osten gefunden, sondern zugleich noch einmal sehr deutlich klar gemacht, worum es der Bundesrepublik Deutschland in diesem Fragenkomplex geht.

Das deutsche Volk will mit allen Völkern in dieser Welt in Frieden und Freundschaft leben. Dazu gehört, daß die deutsche Bundesregierung die für alle Ebenen der Beziehungen zwischen den Völkern notwendigen sachlichen Instrumentarien bereitstellt. Seit Beginn der Regierung der Großen Koalition sind neue Akzente in diesen Bemühungen gesetzt worden, die sich auch auf unser Verhältnis zur arabischen Welt positiv ausgewirkt haben. Die klare und eindeutige Haltung der deutschen Sozialdemokratie ist nicht zuletzt dadurch Bestandteil dieser Politik geworden.

Es liegt klar auf der Hand, daß die Bundesrepublik Deutschland bei der Verwirklichung ihrer Politik des Friedens und der Freundschaft mit den arabischen Völkern nicht dazu in der Lage sein wird, bei Konflikten im Nahen und Mittleren Osten Partei zu ergreifen. Diese Erkenntnis bedingte die Haltung der Bundesregierung - und dies zurecht - bei den jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Wir alle aber glauben, daß auch ohne eine direkte Einmischung in die sehr verwickelten Prozesse im Nahen Osten die Bundesrepublik ihren Beitrag dazu leisten kann, für den Frieden und die Stabilität in diesem Gebiet zu wirken. Bundesaußenminister Willy Brandt hat in seinem Interview besonders darauf hingewiesen, daß die Gespräche, die in der Vergangenheit mit führenden Persönlichkeiten der Arabischen Liga geführt wurden, sehr von Nutzen gewesen sind und somit einen guten Ausgangspunkt für eine Verbesserung der deutschen Beziehungen zu den arabischen Staaten bedeuten können, die seinerzeit von sich aus die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen haben. Es ist ohne Zweifel notwendig, alle Kontakte zu nutzen, die einer Verbesserung des deutsch-arabischen Verhältnisses dienen.

Die SPD hat immer die Auffassung vertreten, und dies auch ihren Freunden in der arabischen Welt deutlich gemacht, daß die deutsch-israelischen Beziehungen in keiner Weise gute deutsch-arabische Beziehungen ausschließen oder gar hindern sollten.

An dieser Stelle sollte auch vermerkt werden, daß die Bundesrepublik sehr freundschaftliche und herzliche Beziehungen, die eingebettet sind in die normalen diplomatischen Beziehungen, zu einer Reihe arabischer Staaten unterhält, wie z.B. Tunesien. Das Wollen des Bundesaußenministers, auch dort die diplomatischen Beziehungen wieder anknüpfen zu helfen, wo sie einseitig unterbrochen wurden, verdient unser aller Unterstützung, im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse der arabischen Völker.

Europaparlament in Nöten

Sorgen um die italienische Delegation

Von Egon C. Heinrich

Mit einem leblosen Wal, der an den Ufern des Rheins gestrandet ist, hat Staatspräsident de Gaulle jetzt das Europäische Parlament, die Volksvertretung der sechs EWG-Länder, verglichen. Es ist nicht das erstemal, daß der französische Staatsoberhaupt ziemlich unverblümt seine Abneigung und Verachtung gegenüber den supranationalen parlamentarischen Gremien von EWG, Europarat und WEU zum Ausdruck bringt. Schon vor einigen Jahren hatte er die Verfechter eines supranationalen Europas als "Harswürste" bezeichnet.

Nun ist es aber vor allem die nationalstaatliche Politik von de Gaulle selbst, die das Europäische Parlament zu einem "leblosen Wal" gemacht hat. Die Europa-Abgeordneten aus den sechs EWG-Ländern kämpfen schon seit 1958 um volle legislative Befugnisse und um die direkte Wahl der 142 Parlamentarier zum Europäischen Parlament. An entsprechenden Vorstößen, Anträgen und Gesetzentwürfen hat es im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten durchaus nicht gefehlt. Allein der Widerstand Frankreichs im EWG-Ministerrat hat direkte Wahlen und die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit den Rechten und Pflichten einer demokratischen Legislative verhindert. Im Sommer 1965 kam es nicht zuletzt aus diesem Grunde sogar zu der bisher schwersten EWG-Krise.

Vorerst bestehen keine Aussichten, daß de Gaulle in dieser Frage zu Konzessionen bereit ist. Wie etwa in der Frage des England-Beitritts kann er sich auch bei der Direktwahl des Europäischen Parlaments auf die im EWG-Vertrag vorgeschriebenen einstimmigen Beschlüsse des EWG-Ministerrats berufen. Der Entdemokratisierungsprozeß in den Europäischen Gemeinschaften, d.h. die Mißachtung des Prinzips der Gewaltenteilung, wird sich also fortsetzen, ja sogar verstärken. Die Milliardenbeträge des EWG-Agrarfonds, zu dem der deutsche Steuerzahler rund 30 Prozent beisteuert, werden ohne parlamentarische Kontrolle verwaltet und ausgegeben werden. Die wichtigsten Gesetze der EWG werden auch weiterhin fast ausschließlich von den sechs nationalen Regierungen erlassen. Durch die Fusion der Ministerräte und der Kommissionen von EWG, EURATOM und Montanunion hat die Machtfülle dieser Institutionen wesentlich zugenommen, der Einfluß des Europäischen Parlaments ging dagegen relativ weiter zurück.

Ansehen und Funktionsfähigkeit des Straßburger Parlaments werden indes noch durch andere Faktoren beeinträchtigt. So ist

zum Beispiel Italien zur Zeit nur mit 29 anstatt wie im EWG-Vertrag vorgesehen mit 36 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Ein italienischer Abgeordneter wurde in die Brüsseler Kommission berufen, zwei Parlamentarier sind kürzlich verstorben; Vier von den 29 Mitgliedern haben zudem seit den italienischen Parlamentswahlen vom April 1963 kein nationales Mandat mehr; sie gehören dem Europäischen Parlament aber noch an, weil für sie keine Nachfolger benannt wurden. Den italienischen Parteien ist es seit 1963 unmöglich, sich über die Zusammensetzung der italienischen Delegation für Straßburg zu einigen. Laut Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments bleibt ein Abgeordneter, der sein nationales Mandat verloren hat, aber bis zur Benennung eines Nachfolgers Mitglied des Europäischen Parlaments. Die um elf Abgeordnete zu kleine italienische Delegation entspricht außerdem nicht den Stärkeverhältnissen der einzelnen Parteien im italienischen Parlament. Eine Bereinigung dieser für das Europäische Parlament abträglichen Situation dürfte sicher nicht vor den nächsten italienischen Wahlen im Juni 1968 zu erreichen sein.

Auch die französische Delegation beim Europäischen Parlament ist zur Zeit nicht vollzählig. Fünf französische sozialistische Abgeordnete haben nämlich im Mai dieses Jahres ihre Europa-Mandate aus Protest gegen das Verhalten der gaullistischen Mehrheit in der französischen Nationalversammlung niedergelegt. Entgegen einer Absprache hatten die Gaullisten den ehemaligen Staatssekretär im französischen Außenministerium, Maurice Faure, nicht in das Europäische Parlament gewählt. Faure hatte 1957 die Römischen Verträge mit unterzeichnet. Neben ihm sollte auch Francis Mitterrand, der Vorsitzende der Linksföderation und de Gaulles Gegner bei den Präsidentschaftswahlen von 1966, nach Straßburg delegiert werden. Es ist zu hoffen, daß die Wahlen in der französischen Nationalversammlung alsbald wiederholt werden und daß dabei die Mehrheit die Personalentscheidungen der Minderheit respektiert, wie dies in anderen europäischen Parlamenten selbstverständlich ist.

Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments ist nicht nur für den reibungslosen Ablauf des Konsultationsmechanismus im Rahmen der europäischen Wirtschaftsintegration unerlässlich; das Europäische Parlament ist die Brücke zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den 180 Millionen Menschen im EWG-Raum. Es ist aber auch der Vorläufer einer echten, unmittelbar, direkt und frei gewählten Volksvertretung in einem europäischen Bundesstaat.

Mitteldeutscher Alltag

FDJ - Massenorganisation - Erzieherische und produktive Funktionen

r. - Die Massenorganisation der Freien Deutschen Jugend (FDJ) führt in ihren Reihen über 1,4 Millionen Mitglieder. Rund 57 Prozent davon sind Jugendliche unter 18 Jahren, etwa die Hälfte aller Mitglieder sind Mädchen. Es bestehen etwa 15.000 Grundorganisationen. Nach den letzten Wahlen, die im Verband durchgeführt wurden, gibt es über 314.000 Funktionäre, die die Träger der Jugendarbeit in den unteren, mittleren und oberen Gremien sind. Die Organisation ist in Grund-, Orts- (Stadt-), Kreis- und Bezirksverbände aufgeteilt. Die Spitze bildet der "Zentralrat der FDJ", den zur Zeit Dr. Günther Jahn führt. Etwa 60 Prozent der Funktionäre sind bis zu achtzehn Jahre alt. Grundorganisationen bestehen in Betrieben, Instituten, Hochschulen, in Dörfern, in der Armee und in anderen Einrichtungen.

Neben dieser Massenorganisation gibt es noch die "Pioniere". Das ist ein Verband für Kinder verschiedener Altersstufen. Nach den letzten Veröffentlichungen sind etwa 1,7 Millionen Kinder dort zusammengefaßt worden. Die Kinder werden von 52.000 Gruppenleitern betreut. In der FDJ besteht das Prinzip der Selbstverwaltung. Soweit die SED ihre Zustimmung zu den gewählten Funktionären nicht versagt, haben die Jugendlichen im Rahmen bestehender Richtlinien Bewegungsfreiheit. In der Behandlung der Jugendlichen muß die SED behutsam vorgehen. Ein Teil der FDJ-Funktionäre und Mitglieder muß für die Ziele der SED erst gewonnen werden. Ungeschicklichkeiten mancher Parteifunktionäre, die in der Vergangenheit allzuoft mit forschendem Ton ihre Anordnungen durchzusetzen versuchten, stießen auf mehr oder minder starken Widerstand. Die natürliche kritische Einstellung der Jugend, die bei uns allzuoft zum Anlaß genommen wurde, um himmelblaue Wunder von dieser Seite zu erwarten, darf nicht so gedeutet werden, als ob die Jugendlichen erbitterte Feinde der SED wären. Die Partei hat es in den letzten Jahren verstanden, mit lockerem Zügel und beharrlicher Überzeugungsarbeit, die Jugend in ihrem Sinne zu beeinflussen. Insofern hat sich hier ein psychologischer Wandel in der Jugend gegenüber dem Westen vollzogen. Je weiter die Aussichten auf eine Wiedervereinigung entschwinden und diese nur noch als rethorische Pflichtübung gewertet wird, desto größer wird die Skepsis gegenüber dem Westen. Jeder Mensch, auch wenn er oppositionell eingestellt ist, hat den Wunsch, mit seiner Umwelt in Frieden zu leben. Das kommt der SED zugute.

Den Jugendlichen werden von der Partei große Aufgaben gestellt. Der erzieherische und selbsterzieherische Prozeß, der auf vielen Ebenen, in Betrieben, Universitäten, den Verbänden, Verwaltungen und dergleichen mehr, mit konsequenter Energie betrieben wird, ist nur ein Teil der politische-ideologischen Arbeit. Die

Jugendlichen werden angehalten, sich auf musischen, sportlichen oder technischen Gebieten weiterzubilden. Das "frohe Jugendleben" soll gleichfalls zu seinem Recht kommen, denn der Lern- und Kampfverband allein könnte niemals die Masse der Jugendlichen um sich sammeln. Zur Aus- und Weiterbildung der Funktionäre bestehen auf den verschiedenen Verbandsebenen FDJ-Schulen, in denen nach strengen Maßstäben die Auslese förderungswürdiger junger Menschen betrieben wird. Sie bilden später die "Kader" der Organisation.

Ziel der Parteiführung wie der Verbandführung ist es, der Jugend Verantwortung für bestimmte Bereiche der Produktion zuzuweisen. In den Betrieben und "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (LPG), den Universitäten, Verwaltungen und anderen Produktionsstätten werden Kollektive jugendlicher Arbeiter oder Studenten gebildet, die in eigener Verantwortung Aufgaben zugewiesen erhalten. Es gibt die sogenannte "Messe der Meister von Morgen" (MMM) auf der eine Leistungsschau für den "wissenschaftlich-technischen Höchststand" im regelmäßigen Turnus geboten wird. Der "Klub junger Neuerer" übernimmt Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für Betriebe. Innerhalb der Betriebe gibt es Jugendbrigaden, denen besondere Aufgaben gestellt werden.

Zur Zeit arbeiten in den Betrieben und Genossenschaften über 23.500 Jugendkollektive, Jugendmeisterbrigaden und Neuererkollektive. Hunderttausende junger Menschen sind daran beteiligt. Darüberhinaus erhalten die Jugendlichen ganze Objekte zum Aufbau zugewiesen. In letzter Zeit wurde zum Beispiel die Gastrennanlage Leuna II, ein 100-Millionen-Objekt, (Erfurt-Rudisleben) zum Jugendobjekt erklärt. Ferner soll das Atomkraftwerk Nord, eine in den nächsten Jahren zu erstellende Anlage, ebenfalls zum Jugendobjekt erklärt werden. Weitere kleinere Objekte sind den Jugendlichen zugewiesen worden. Mehrere größere und große Objekte sind schlüsselfertig übergeben worden. Natürlich stehen die großen Objekte unter der Oberaufsicht von Experten, aber es wird den Jugendlichen jeweils so viel Verantwortung eingeräumt, wie sie zu tragen imstande sind. Leiter, Ingenieure, Werkmeister und Arbeiter werden vorzugsweise von jugendlichen Fachleuten gestellt. In den Beratungen der vielfältigen Verantwortlichkeiten eines Objektes haben sie ein gewichtiges Wort mitzureden. Der Entwicklung zur Verantwortung wird somit Raum gegeben. Eine andere hier nicht zu beantwortende Frage ist es, inwieweit die Persönlichkeit durch die ideologische Einheit eingeengt wird. Diese Frage kann jedoch nicht nur aus unserer Sicht gesehen werden, sondern muß aus der Empfindungswelt der Jugend "dort drüben" mit beurteilt werden. Aber wieviel wissen und kennen wir noch von dieser Erlebniswelt?

Auf alle Fälle ist es falsch, im Ton schulmeisterlicher Überheblichkeit über und zu dieser Jugend zu sprechen.

Nicht vom Landtag gewählt

Die Stellung des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein

KI - Kiel

Die von dem damaligen Kieler Ministerpräsidenten, dem Vertriebenenminister Kai-Uwe von Hassel, in Schleswig-Holstein eingeführte Praxis wird von seinem Amtsnachfolger, dem jetzigen Regierungschef Dr. Helmut Lenke fortgeführt: Als Landesvater im Norden läßt man sich nicht nach einer Landtagswahl vom Abgeordnetenhaus neu wählen. Man regiert weiter, wenn man die Koalition auch mit immer geringer werdenden Mehrheiten zusammenbekommen hat. Man läßt von der CDU-FDP-Koalition den Antrag der sozialdemokratischen Opposition, es wäre rechtens, wenn das Parlament den Regierungschef wählt, ablehnen.

Sicher sieht die Landessatzung in Schleswig-Holstein keine bis ins letzte ausgefeilten Bestimmungen darüber vor, nach welchen Modalitäten der Regierungschef nach jeder Landtagswahl neu zu wählen ist. Es gibt aber gar keinen Zweifel darüber, nach dem Sinn der Landesverfassung ist die Neuwahl des Regierungschefs durch das Landesparlament zwingend. In Rheinland-Pfalz hat die Landessatzung gleichlautende Bestimmungen wie die von Schleswig-Holstein. Aber in Mainz hat sich noch nie ein Regierungschef geschämt, sich vom Landtag wählen und bestätigen zu lassen, auch wenn die Mehrheiten dann noch so gering ausfallen.

Nach der letzten Landtagswahl verlangte die sozialdemokratische Opposition erneut, Ministerpräsident Dr. Lenke möge sich zur Wahl stellen. Die Koalition folgte dem Begehren nicht. Sie hat damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Denn sollte ein Bürger irgendein von der Regierung ausgefertigtes Gesetz beanstanden, müßte das Bundesverfassungsgericht vorweg prüfen, ob denn diese Regierung überhaupt rechtens im Amt ist. Man kann in Übereinstimmung mit namhaften Verfassungsjuristen davon ausgehen, daß die Richter in Karlsruhe dann zu der Auffassung kommen, die Regierung ist nicht gewählt, also nicht im Amt. Alle von der Regierung erlassenen Gesetze wären damit ohne Rechtskraft. Das würde scharf formuliert die Feststellung des Gesetzesnotstandes für Schleswig-Holstein bedeuten.

In Übereinstimmung mit Landessatzung und Grundgesetz haben auch die Regierung selbst und der Landtag als Körperschaft dafür zu sorgen, daß die Regierung verfassungsgerecht nach der Wahl installiert wird. Auch das ist die Auffassung von Verfassungsrechtlern mit Gewicht. In Schleswig-Holstein wurde dieser Weg nicht eingeschlagen. Das alles kann in der Konsequenz sogar bedeuten, daß Amtshandlungen, die der jetzige Ministerpräsident Dr. Helmut Lenke als Präsident des Deutschen Bundesrates und in der Urlaubsvertretung für Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke als deutsches Staatsoberhaupt vornahm, höchst anzweifelbar sind.